

BERNHARD CLASEN

6. und 7. 9. 2008: Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Braunschweig

Einer ganzen Region droht nach den skandalösen Vorfällen um den Atommüll in „Asse“ eine radioaktive Verseuchung des Grundwassers. Dies zeigt, nach Unfällen in Atomkraftwerken wie z.B. Krümel und Brunsbüttel, den ständigen Lügen und Verschleierungen, wie z.B. in Jülich, wo die Verstrahlung des Grundwasserbereiches unter dem dort befindlichen Reaktor lange geheim gehalten wurde: die Atomtechnologie ist nicht beherrschbar.

Die bundesweite Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung fordert die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen. Sie erklärt, dass auch Gorleben als radioaktive Endmüllkippe (atomdeutsch: „Endlager“) nicht geeignet ist und ruft zu einer bundesweiten Grossdemonstration am 8.11.2008 in Gorleben auf. Gleichzeitig sind BesucherInnen der Gorleben-Demonstration, die anschließend die Castor-Transporte blockieren wollen, eingeladen, ein paar Tage länger in Gorleben zu verweilen.

Zwischen fünfzig und hundert Menschen aus der bundesdeutschen Anti-Atom-Bewegung waren am Wochenende nach Braunschweig gekommen, um über die weiteren Pläne der Bewegung zu sprechen. Der DGB-Niedersachsen und der BBU hatten der Versammlung Grußadressen übermittelt.

Inhalte:

- Unfälle und Skandale der Atomwirtschaft (Brunsbüttel, Asse, Krümel) machen die Menschen sensibler, haben eine neue Diskussion zum Atom-Thema in Gang gebracht. Gleichzeitig erlebt die Atomwirtschaft in vielen Ländern eine Renaissance.
- Der Rot-grüne Atom-Konsens, Laufzeitverlängerung (incl. Profite der Atomwirtschaft), Ausstieg.
- Strategien der Atomwirtschaft zur Durchsetzung von AKW
- Strategien zur Stilllegung der Atomanlagen
- „Endlager“ und „Entsorgungsparks“ – Atomdeutsch
- Der weltweit steigende Uranbedarf.

Wo wollen wir hin? - Konkrete Ideen:

- Bundesweite Demonstration am 8.11. in Gorleben.
- Streckenkonzept für die Castortransporte
- Vernetzung

Unfälle und Skandale der Atomwirtschaft (Brunsbüttel, Asse, Krümel, Belgien, Kinderkrebsstudie) machen die Menschen sensibler, haben eine neue Diskussion zum Atom-Thema in Gang gebracht. Gleichzeitig erlebt die Atomwirtschaft in vielen Ländern eine Renaissance

Die skandalösen Vorgänge um die Atommüllkippe „Asse“ bei Braunschweig haben in der Bevölkerung ankommen lassen, wovor wir seit 30 Jahren warnen: diese Atommüllkippe ist – wie alle anderen Atommüllkippen auch – nicht sicher, stellt eine Gefahr für die Gesundheit dar. Die Menschen merken, dass sie betrogen worden sind. Und die Personen, Firmen, Politiker und Behörden, die derartige Unfälle und Skandale zu verantworten haben, haben auch andere, angeblich sichere, Atomanlagen zu verantworten. Leichter geworden ist unsere Arbeit jedoch nicht. Obwohl die Gefahren der Atomwirtschaft wieder mehr in das Interesse der Öffentlichkeit rücken, werden gleichzeitig die Forderungen im politischen Raum nach einer Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke in Deutschland lauter. Und bedingt

durch die Instrumentalisierung der Klimakatastrophe durch die Atomwirtschaft schwindet die gesellschaftliche Ablehnung der Atomenergie vor allem bei den jüngeren Generationen. Weltweit sind derzeit 35 neue Atomkraftwerke im Bau, davon zwei schwimmende Atomkraftwerke in Russland. Und je älter die Reaktoren werden, umso größer die Gefahr eines neuen Tschernobyls.

Der rot-grüne Atom-Konsens, Laufzeitverlängerung (incl. Profite der Atomwirtschaft), Ausstieg.

Zumindest psychologisch war der von der rot-grünen Regierung auf den Weg gebrachte Atomkonsens, der die Abschaltung der Atomkraftwerke bei gleichzeitig garantierten jahrelangen Laufzeiten vorsah, ein Erfolg der Anti-Atom-Bewegung. Die Atomwirtschaft musste diskutieren, was sie nicht wollte: den Ausstieg. Doch viele Atomkraftgegner haben sich leider nach diesem sog. Konsens zufrieden zurückgelehnt. Der sog. Atomkonsens hat uns auch etwas Wind aus den Segeln genommen. Nachdem jedoch in jüngster Zeit immer wieder von konservativer Seite im politischen Raum die Forderung nach einer Laufzeitverlängerung der Kraftwerke gefordert wird, müssen wir für uns überlegen, wie wir mit der Öffnung der Konsensfrage umgehen und entsprechend gesellschaftlichen Druck aufbauen wollen. Wir müssen uns für einen Ausstieg aus der Atomtechnologie einsetzen, es gibt nach wie vor keinen Grund, den rot-grünen Atomkonsens, der weitere Laufzeiten für die AKWs festschreibt, gutzuheißen.

Eine Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke, wie insbesondere von Politikern der CDU und CSU gefordert, bringt den Unternehmen die Profite – und der Gesellschaft die Risiken.

Der Strompreis wird an der Strombörse in Leipzig gebildet. Der dort aktuelle Preis ist der Leitpreis für bilaterale Verträge. Bei diesem sog. „Spot-Preis“ bestimmt das Kraftwerk, das zu dem Zeitpunkt, an dem der Strom abgenommen wird, am teuersten ist, den Preis. Der Strom wird also nicht nach dem Prinzip: „Herstellungskosten + Gewinn“, sondern nach dem Prinzip: „das teuerste Kraftwerk bestimmt den Preis“ verkauft. Und deswegen ist es für die Energiekonzerne wichtig, dass sie den „Kraftwerkspark“ so managen, dass immer ein Kraftwerk mit besonders hohen Kosten zugeschaltet ist.

Bei einem abgeschriebenen AKW liegen die Herstellungskosten bei 10 Euro / MWh, der Verkaufspreis bei 55 Euro / MWh.

Bei Volllast ist der Gewinn eine Million Euro pro Tag.

Strategien der Atomwirtschaft zur Durchsetzung von AKW

Um ihre Produkte durchzusetzen, macht die Atomwirtschaft Dumping-Angebote, erhält Vorzugskredite (u.a. der Bayerischen Landesbank). Russland bietet z.B. für den Bau der beiden Reaktoren im bulgarischen Belene einen Dumping-Preis von vier Milliarden Euro an. Dieser niedrige Preis soll offensichtlich Türöffner für die russische Atomwirtschaft sein, um mittelfristig auch in anderen Ländern Kunden zu finden.

Dass die Baukosten in der Praxis um 50 % steigen, die Bauzeit sich um 18 Monate erhöht, wird oft erst nach Auftragserteilung klar.

Auch staatliche Subventionen, Steuerrückvergütungen (USA) und Kreditgarantien in Milliardenhöhe halten die Atomkraft am Leben.

Strategien zur Stilllegung der Atomanlagen

Vielfach waren Katastrophen der Auslöser für ein Umdenken in der Atomfrage. Am

nachhaltigsten waren Ausstiegsentscheide, wenn diese in einer Volksabstimmung beschlossen worden war. Ausstiegsbeschlüsse von Parlamenten hatten oft nicht lange Bestand.

- Kampagnen und das Sammeln von Unterschriften sind gut. Mit Stromwechsellkampagnen kann man den Betreibern die wirtschaftliche Grundlage entziehen.
- Banken sollen aufgefordert werden, keine Kredite mehr für Atomanlagen zu geben
- Wie fordern, dass die AKW-Betreiber – und nicht die Steuerzahler – die echten Kosten und Risiken übernehmen.
- Öffentliche Proteste, Erstellen von Gutachten
- Die historische Bauplatzbesetzung war nicht per se ein Erfolg. Sie war auf Grund der Entschiedenheit der BesetzerInnen ein Erfolg.

„Endlager“ und „Entsorgungsparks“ – Atomdeutsch

Wir sollten uns von unseren Gegnern nicht deren Sprachregelung aufzwingen lassen. Wer „Entsorgungspark“ hört, denkt eher an einen Familienausflug als an eine Müllkippe.

- „Endlager“ = radioaktive Endmüllkippe
- „Zwischenlager“ = radioaktive Zwischenmüllkippe.

Und wir müssen die Bilder umdrehen: wir werden ohne Atomenergie nicht ohne Licht im Steinzeitalter leben. Die Fortsetzung der Atompolitik kann uns aber ein Rückfall in die Steinzeit bescheren.

Der weltweit steigende Uranbedarf

Uranbedarf 2003:

Weltweiter Bedarf: 68.435 t Uran / Jahr

Produktion von Natururan 35.772 t Uran.

Differenz: 32.663 t Uran

Abdeckung über sekundäre Vorräte:

- Aufarbeitung von Waffenuran
- WA von abgereichertem Uran
- Uran aus Lagerbeständen
- Die sekundären Vorräte werden vermutlich 2023 erschöpft sein.

Bei gegenwärtigem Verbrauch muss die Uranproduktion bis 2023 verdoppelt werden.

Durch die Abrüstung wurde Uran verfügbar, so dass sogar Uranminen stillgelegt wurden. Da diese Vorräte aber abnehmen, ist mit einem zunehmenden Uranabbau zu rechnen. Man wird deswegen auch minderwertiges Uran und Uran aus teureren Minen fördern. MOX wird stärker zum Einsatz kommen, der Einsatz „Schneller Brüter“ wird weltweit zunehmen. In der Folge wird der Atommüll weiter wachsen.

Wo wollen wir hin? - Konkrete Ideen:

Bundesweite Demonstration am 8.11. in Gorleben

Am 8.11. wird die Anti-AKW-Bewegung eine Demonstration in Gorleben durchführen. Zwar ist dieser Termin nicht zufällig gewählt, fällt er doch mit einem zu erwartenden Castor-Transport zusammen. Trotzdem soll die Demonstration vom 8.11. keine reine Anti-Castor-Demonstration werden. Sie soll vielmehr das Ziel aller Anti-AKW-Initiativen nach einem sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie artikulieren. Mehrere Initiativen aus dem

Bundesgebiet, die Grünen und die grüne Jugend wollen hierzu mobilisieren.

Streckenkonzept für die Castortransporte

Es wäre sinnvoll, den Castor auf allen seinen Stationen zu begleiten. Dazu wäre es wichtig, Kontakt zu Initiativen herzustellen, die an den Castor-Transit-Orten aktiv sind, oder es werden wollen. Hier wäre es gut, ein Streckenkonzept zu entwickeln. Man käme auch all denen entgegen, die zwar etwas gegen die Castortransporte machen wollen, dafür aber nicht ins Wendland fahren, lieber vor der eigenen Haustür aktiv werden möchten.

Vernetzung

Die Kontakte der Initiativen aus dem Münsterland zu den russischen Umweltschützern von Ecodefense haben sich als sehr effektiv erwiesen und sollten ausgebaut werden.

Im Rahmen des „European nuclear heritage“ Programms sind Kontakte von Graswurzelaktivisten mehrerer Länder zustande gekommen. Es gibt gute Kontakte zur französischen Anti-AKW-Bewegung, vor allem zu den Gruppen vor Ort.

In Bure (Frankreich) hatte es vor einem Monat ein erstes Treffen mit Teilnehmern aus Weißrussland, Frankreich, Österreich und Australien gegeben. Vom 18.-20. Oktober wird in Finnland ein Seminar sein.

Es ist eine große Blockade in Aldermaston (Großbritannien) geplant, wo für das Atom-U-Boot Trident produziert wird.

In Bure hat man weitere internationale. Netzwerktreffen beschlossen. Das nächste Vernetzungstreffen wird um die Jahreswende in Deutschland stattfinden.

Im August 2009 wird ein Treffen in Tschechien, in der Nähe des AKW Temelin, stattfinden.

Die Atomkonzerne und Regierungen arbeiten international vernetzt. Wir müssen ebenfalls unsere Kooperation ausbauen.

Flyer werden ins Finnische, Französische, Englische und Russische übersetzt.

Der internationale Uranaktionstag am 20. September ist ein Produkt dieser internationalen Zusammenarbeit. Siehe auch: www.uranium-action-day.info

Man müsste Friedens- und Anti-AKW-Bewegung mehr vernetzen.

Es ist die Herausgabe eines Newsletters geplant, der einmal auf französisch und einmal auf deutsch erscheint. In der französischen Ausgabe wird über Deutschland geschrieben, in der deutschen Ausgabe über die aktuelle Situation in Frankreich. Langfristig soll auch Finnisch in dieses Projekt eingebunden werden.